Dienstag, 11. Oktober 1921 • 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 479 • Ausgabe B Nr. 238
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 479

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

# Kabinettskrise wegen Oberschlesiens.

## Die Teilung Oberschlesiens in Genf beschlossen.

### Die Beratungen des Reichskabinetts.

**E. D.** Der Reichskanzler Dr. Wirth, der, wie berichtet, seinen kurzen Urlaub abgebrochen hatte, da die oberschlesische Frage mit einem Male in das Stadium der Entscheidung getreten ist, berief noch gestern abend eine halbe Stunde nach seinem Eintreffen in Berlin eine Kabinettssitzung, die ½11 Uhr begann und bis nachts 1 Uhr dauerte. Der Reichsminister des Aeußeren Dr. Rosen, erstattete dabei einen Bericht über den Stand des oberschlesischen Problems. Da amtliche Nachrichten noch nicht vorlagen, mußte er sich auf eine Zusammenstellung der in- und ausländischen Pressemeldungen beschränken. Soviel aber ging aus den zum Teil übereinstimmenden Nachrichten hervor, daß das oberschlesische Industriegebiet ganz oder teilweise Deutschland entrissen werden solle, und daß dadurch die außen- und innenpolitische Situation sich für Deutschland außerordentlich zugespitzt habe. Dr. Rosen machte die Minister, die sämtlich an der Sitzung teilnahmen, des weiteren von seiner Unterredung mit dem nach Berlin berufenen deutschen Botschafter in London, Dr. Sthamer, bekannt. An sein Referat schloß sich eine allgemeine Aussprache, die aber noch kein greifbares Ergebnis hatte, da, wie gesagt, amtliches Material aus Kreisen des Völkerbundes oder der Ententestaaten über Oberschlesien zur Stunde noch nicht vorlag. Vor allem waren es die sozialdemokratischen Minister, die mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß man, bis man nicht Gewißheit habe, keine voreiligen Schritte unternehmen dürfe.

Heute vormittag wurden in der ersten Stunde die Beratungen des Reichskabinetts fortgesetzt. Auch sie mußten schließlich mittags abgebrochen werden, da auch bis dahin noch keine amtlichen Depeschen über den Entscheid des Völkerbundes und die Stellung Englands, Frankreichs und Italiens dazu vorlagen. **Der Botschafter Dr. Sthamer ist beauftragt worden, bei der englischen Regierung eine Demarche zu unternehmen und Lloyd George nicht im Unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des oberschlesischen Industriereviers von Deutschland ergeben würden.** Die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den anderen Ententestaaten haben ähnliche Weisungen erhalten. Man erwartet, daß Dr. Sthamer noch heute abend der Reichsregierung eine amtliche Mitteilung über den Stand der oberschlesischen Frage machen und daß dann das Kabinett endgültig dazu Stellung nehmen kann. Soviel ist indessen **schon gewiß, daß das Kabinett Wirth seine Demission geben wird, falls sich die Mitteilungen der Presse über das Gutachten des Völkerbundes bestätigen sollten,** das ja nicht ohne enges Einvernehmen der Regierungen in London, Paris und Rom zustande kommt.

Die oberschlesische Frage darf man nicht bloß von der wirtschaftlichen, sondern man muß sie auch von der politischen Seite bewerten. Das Kabinett Wirth hat nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach-Simons seine Unterschrift unter das Reparationsultimatum gesetzt in der bestimmten Erwartung, daß das oberschlesische Industrierevier bei Deutschland verbleiben werde. Diese Annahme wurde ganz besonders durch die Haltung Englands bestärkt. Drei Tage nach der Unterzeichnung hielt Lloyd George seine aufsehenerregende Unterhausrede, in der er, auf Oberschlesien hinweisend, von dem „fair play" Deutschland gegenüber sprach. Die ganzen Steuervorlagen, das heißt die finanziellen Berechnungen zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen sind aufgebaut darauf, daß uns das oberschlesische Industrierevier nicht entzogen wird, nachdem fast zwei Drittel der oberschlesischen Bevölkerung bei der Volksabstimmung für Deutschland votiert hat. Alle diese Berechnungen werden dadurch hinfällig. Wenn es noch Optimisten gegeben hat, die hofften, daß man schließlich doch die Reparationsleistungen werde erfüllen können, so ist nach einem Ausscheiden des oberschlesischen Industriegebiets aus dem deutschen Reichsverbande auch für den geringsten Optimismus kein Raum mehr. Auch das vielumstrittene deutsch-französische Sachlieferungsabkommen, das zwischen Loucheur und Rathenau getroffen worden ist, würde dadurch automatisch, weil völlig unerfüllbar, in sich zusammenfallen. Wie könnte das Kabinett Wirth nach einem solchen politischen Fehlschlage, ganz abgesehen davon, daß heute noch nicht einmal die Sanktionen restlos aufgehoben sind, auch nur einen Tag länger im Amte verbleiben? Würde es diesen aussichtslosen Versuch machen, so würde es, vor das Parlament tretend, jedenfalls keine auch noch so schwache Mehrheit im Reichstage auf sich vereinigen können.

Es sind, überschaut man das ganze politische Problem, das durch die oberschlesische Frage aufgerollt wird, drei Möglichkeiten vorhanden: die erste besteht in der Taktik der Deutschnationalen, die die ganze Zeit hindurch eine reine Katastrophenpolitik getrieben haben, indem sie darauf hinwiesen, daß die Entente Unmöglichkeiten verlange und infolgedessen ihrerseits eine Katastrophenpolitik treibe. Diese Auffassung würde, nachdem bisher aller gute Willen umsonst gewesen ist, die weitesten Kreise des deutschen Volkes ergreifen. Die zweite Möglichkeit wäre, daß sich nach einem Rücktritt des Kabinetts Wirth eine neue Koalition im Parlamente bilden würde, die trotz eines ungünstigen Entscheides über Oberschlesien es auf sich nehmen würde, das Ultimatum vom 10. Mai zu erfüllen. Aber dieser Versuch müßte schon in kürzester Zeit scheitern. Denn einmal würde bei der ablehnenden Haltung der Rechtsparteien, des Zentrums und der Demokraten vielleicht nur eine sozialistische Minderheitsregierung zustandekommen, die, wenn sie an die Durchführung des Programms, mit anderen Worten an die Steuervorlagen herantreten würde, kläglich Schiffbruch erleiden müßte. Dann man darf auch nicht das psychologische Moment übersehen, das die ungeheuerlichen steuerlichen Lasten nur dann aufzubringen sind, wenn in der Bevölkerung nicht von vornherein ein verzweifelter Fatalismus Platz gegriffen hat. Die dritte Möglichkeit endlich wäre die, daß ein neues Kabinett sein verantwortliches Amt übernehmen würde mit der alleinigen fest umrissenen Aufgabe, mit allen Mitteln eine wesentliche Revision des Versailler Friedensvertrages und insbesondere des Wiedergutmachungsultimatums herbeizuführen, nachdem die Entente Deutschland auch die letzte Voraussetzung für die Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen, gegen den klaren Volksentscheid der Oberschlesier, genommen hat.

### Eine neue Teilungslinie.

**Die Rechtfertigungsversuche der Völkerbundsdiplomaten.**

Telegramm unseres Sonderberichterstatters
**Max Jordan.**

**M. J. Genf,** 11. Oktober.

Die Würfel sind gefallen. Soeben wird an zuständiger Stelle definitiv bestätigt, daß **die Teilung Oberschlesiens im Prinzip endgültig beschlossen** sei. Der Völkerbundsrat sei vollkommen unabhängig zu Werke gegangen und habe kein einziges der bisherigen Teilprojekte zur Grundlage seiner Beratungen gemacht. Aus der Kommissionssitzung die noch immer andauert, wird eine Teilungslinie hervorgehen, die sowohl für Deutschland wie Polen gegenüber den bisherigen Kompromißlösungen eine Konzession bedeuten soll. (!) Der Kreis Tarnowitz wird voraussichtlich deutsch bleiben. Politische Gesichtspunkte sollen bei der Entscheidung, so erklärt man, gänzlich ausgeschieden sein. Es sei durchaus unvoreingenommene Sachverständigenarbeit (!) geleistet worden in dem ernstlichen Bestreben, beiden Parteien gerecht zu werden. (Mit solchen Erklärungen wird man eine schlechte Sache vergeblich zu vermänteln versuchen. Die Red.) Ein Kompromiß stelle die Lösung selbstverständlich dar, das sei aber bei den gegebenen Umständen gar nicht anders möglich. Um den Uebergang zu den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen möglich zu machen, werde ein **Uebergangsregime** unter **interalliierter Verwaltung** geschaffen werden, das den Warenverkehr über die neue Grenze und die Valutaregulierung überwachen soll. Zu diesem Zweck haben die Alliierten in der Botschafterkonferenz vom vergangenen Sonnabend entsprechende militärische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Abstimmungsgebiet getroffen. Der Völkerbundsrat wird noch heute und morgen den ganzen Tag über beraten, um die Einzelheiten seines Lösungsvorschlages, der im wesentlichen noch wirtschaftliche Gesichtspunkte umfaßt, festzulegen. Mittwoch abend verlassen die Ratsmitglieder Genf. Gleichzeitig wird der Entwurf der Botschafterkonferenz übermittelt, worauf sich voraussichtlich die Botschafterkonferenz mit der Entscheidung des Völkerbundsrates befassen wird, an deren Annahme durch die Alliierten nicht gezweifelt wird. Die Botschafterkonferenz wird dann am Freitag die Entscheidung der deutschen und polnischen Regierung übermitteln und Sonnabend wird in Paris und Genf gleichzeitig die Publikation erfolgen.

### Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Stresemann, hat den Ausschuß zu Mittwoch früh einberufen. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die oberschlesischen Fragen; es ist jedoch noch nicht gewiß, daß sie zur Verhandlung gelangen, weil noch immer keine authentischen Nachrichten eingetroffen sind.

Das Reichskabinett wird heute abend um 7 Uhr noch einmal zusammentreten und voraussichtlich morgen mit den Parteiführern darüber konferieren, welche Schlußfolgerungen aus einer etwa zuungunsten Deutschlands erfolgenden Entscheidung in der oberschlesischen Frage zu ziehen wären.

### Die saarländische Abordnung in Genf.

**Genf,** 10. Oktober. (W. T. B.)

Entgegen der von der französischen Presse und der Havas-Agentur auch im Ausland verbreiteten Behauptung, daß die saarländische Abordnung beim Völkerbund sich nur aus einer Gruppe, aus Arbeitgebern, zusammengesetzt habe, und daß die saarländische Arbeiterschaft sich dem Protest gegen die weitere Einführung der Francenwährung widersetzte, muß nachdrücklich festgestellt werden, daß die Abordnung sich aus Vertretern des Handels, der Industrie und einer Anzahl Arbeitervertretern zusammensetzte. An der Abordnung nahmen teil als Vertreter der Arbeiterschaft Arbeitersekretär Ehrhardt für die Freien Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Karl Hildenbrand für die Christlichen Gewerkschaften und der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes, Parteisekretär Valentin Schäfer. Außerdem waren das Kleingewerbe und das Handwerk durch Generalsekretär Wilhelm Spelzer vertreten. Daß die Abordnung tatsächlich berechtigt war, im Namen der saarländischen Bevölkerung zu sprechen, beweist auch die Tatsache, daß in ihr sämtliche großen Parteien des Saargebiets vertreten waren. Der in Genf verbliebene Geschäftsführer der saarländischen Abordnung, Dr. Jakob, begab sich heute auf das Völkerbundssekretariat, um entgegen gewissen von französischer Seite verbreiteten Meldungen Mitteilung über die wahre Stimmung im Saarlande und über die Zusammensetzung der saarländischen Abordnung zu machen.

(Siehe auch Seite 2.)

# Rudolf Virchow und die Stadt Berlin.

**Ein Gedenkblatt zu seinem hundertsten Geburtstag.**

Von [Nachdruck verboten.]
**Dr. J. Kastan.**

Am 13. Oktober 1821 wurde bekanntlich Rudolf Virchow in Schievelbein, einem pommerschen Ackerbürgerstädtchen, geboren. Den weitaus größten Teil seines langen ruhmreichen Lebens jedoch hat er hier in Berlin zugebracht. Was er in dieser Zeit für seine Fachwissenschaft geleistet, das ist mit unauslöschlichen Zügen in den Büchern der Geschichte eingegraben. Davon braucht an dieser Stelle nichts weiter ausgesagt zu werden. Nur von dem Berliner Bürger Rudolf Virchow soll hier einiges wieder in Erinnerung gebracht werden, und von seinen unvergänglichen Verdiensten, die er sich um die Entwicklung unserer Stadt erworben. Das jetzt in der Vollkraft wirkende Geschlecht, ebenso das heranblühende soll daran gemahnt werden, welche unermeßlichen Wohltaten aus dem gemeinnützigen Wirken dieses großen Volksmannes, dieses echten Demokraten, für seine Mitbürger erwachsen sind. Das Eigenartige in dem Wesen Virchows ist nämlich, daß der Gelehrte und der Bürger, der Forscher und der Mensch in ihm unlöslich miteinander verbunden sind, daß sie die organisch zueinander gehörigen Elemente eines weit ausgreifenden, immer dem Allgemeinen zugewendeten Daseins bilden. Gleich bei seinem ersten wissenschaftlichen Auftreten macht sich dieser ihm innewohnende Trieb, für die Allgemeinheit zu wirken, auf das entschiedenste bemerkbar. Der jugendliche Virchow, unmittelbar nach beendeten Studien, stellt sich unbedenklich um alle etwaigen Folgen in den Dienst der Gesamtheit. Seiner wissenschaftlichen Wirkungsstätte in Berlin, infolge der Beschränktheit der damaligen Unterrichtsverwaltung verlustig, schlug er sehr bald seine Gezelte an der Mainhochschule Würzburg auf. Diese Würzburger Episode währte etwa fünf Jahre. Die Berliner medizinische Fakultät berief Virchow als Professor der pathologischen Anatomie, der Kultusminister Raumer stimmte „ohne Bedingungen politischer Art" zu, wie es ausdrücklich in einem Briefe an den Vater heißt, und Ende Mai 1856 erfolgte die königliche Bestätigung.

Die ersten Jahre seit seiner Rückkehr nach Berlin verliefen ihm in angestrengtester, wissenschaftlicher Arbeit und in der peinlichsten Erfüllung seiner Amtspflichten. Der Name Virchow wurde in der Oeffentlichkeit kaum genannt. Unzweifelhaft mochten jedoch schon damals die heillosen Zustände in der öffentlichen Gesundheitspflege der Stadt ihn auf das ernstlichste beschäftigt haben. Berlin war zu jener Zeit und noch bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine der ungesundesten Städte Europas; ein Typhusnest, das etwa nur noch in München einen wenig neidenswerten Nebenbuhler sehen durfte. Diesen Würgeengel Typhus hatte Virchow schon aus eigener Anschauung, außer hier in der Hauptstadt, auch in Oberschlesien, im Spessart kennen gelernt. Aber seinem scharfdurchdringenden Geiste hatten zugleich die Möglichkeiten eingeleuchtet, im Wege einer auf echt naturwissenschaftlicher Grundlage sich aufbauenden öffentlichen Gesundheitspflege der Gewalt jener Volksseuche Einhalt zu tun. Er brauchte nicht allzulange zu warten, bis ihm Gelegenheit gegeben werden sollte, seine ganze unermüdliche Arbeitswilligkeit, die geniale Gründlichkeit, mit der er jeden seiner Gedanken bis in die äußerste Konsequenz durchzuarbeiten pflegte, in den Dienst dieser großen Aufgabe zu stellen. Am 20. Oktober 1859 wurde Rudolf Virchow in die Berliner Stadtverordnetenversammlung eingeführt, und nicht lange darauf finden wir ihn bereits mit den Vorarbeiten zu dem Werke beschäftigt, dessen folgerechte Durchführung sich als eine der größten und nachhaltigsten Wohltaten für Berlin erweisen sollte. Ungeheure Schwierigkeiten aller Art galt es zu überwinden. Aber diesmal stand der rechte Mann zur rechten Zeit an der rechten Stelle. Und als eine besondere Schicksalsgunst muß man es gelten lassen, daß Virchow in dem Oberbürgermeister Seidel, seinem Schwager, einen verständnisinnigen Förderer jenes Gedankens fand, durch dessen endliche Verwirklichung Berlin aus einer der ungesundesten, unsaubersten, unanfehlichsten Städte in das gerade Gegenteil verwandelt wurde. Die großartigen Entwässerungsanlagen, die Schwemmkanalisation, die Berieselungswirtschaft, die hierzu benötigten Wasserleitungseinrichtungen, all das erwuchs zu einer organischen Einheit in dem Kopfe Virchows, der dann in den Bautechnikern Wiebe und Hobrecht die geeignetsten Mitarbeiter finden sollte. Virchows Bericht über das gewaltige Werk der Vergesundheitlichung Berlins umfaßte alle in das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege einschlägigen Fragen; er bildet eine Meister- und Musterleistung auf diesem. Mehrere Jahre seines Lebens hat der unermüdliche Arbeiter an die Vollendung dieses Berichtes gesetzt. Die wohltätigen Wirkungen sind denn auch nicht ausgeblieben. Forderten in der Vorkanalisationszeit Berlins ansteckende Krankheiten, wie Typhus oder Malaria, jahraus, jahrein unzählige Opfer, so klagten die hiesigen Kliniker nach der Kanalisation förmlich über den „schmerzlichen" Mangel an derartigen Demonstrationsfällen. Diesen glücklichen und beglückenden Wandel in den öffentlichen Gesundheitsverhältnissen verdankt Berlin keinem anderen als Rudolf Virchow, der durch diese seine Tat zu einem der größten Wohltäter dieser Stadt geworden ist.

Inzwischen forderten die täglich wachsenden Mißstände auf dem Gebiete der öffentlichen Krankenpflege gebieterisch eine schleunige und gründliche Abhilfe. Man bedenke nur, daß das damalige Berlin überhaupt kein städtisches Krankenhaus besaß! Auf Virchows tatkräftiges Betreiben entschloß sich die Stadtverwaltung endlich zum Bau eines Kranken-